

MITTWOCH,
13. FEBRUAR 2019

WIRTSCHAFT

7

Zu wenig Bio in Klöckners Ministerium

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK Die Grünen im Bundestag werfen dem Bundeslandwirtschaftsministerium Scheitern bei den eigenen Öko-Zielen vor – und machen das an dem fest, was in den Kantinen der Bundesbehörde auf die Teller kommt. Hier verfehlt das Ministerium bislang selbst gesteckte Ziele. Das zeigt eine Antwort der Bundesbehörde auf Anfrage der Grünen, wonach derzeit mindestens zehn Prozent der Lebensmittel in der Ministeriumskantine aus Bio-Produktion stammen. In der vor zwei Jahren vorgestellten „Zukunftstrategie ökologischer Landbau“ hatte das Ministerium als Zielmarke noch mindestens 20 Prozent ausgeben. Das Ministerium wolle dadurch eine Vorbildfunktion einnehmen, heißt es dazu in dem Strategiepapier.

20 Prozent Ökolandbau

„Das Landwirtschaftsministerium scheitert schon an seinen geringen Ansprüchen“, hält Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter fest. „Das ist ein Beleg, wie nachlässig das Ministerium mit dem Thema Ökolandbau umgeht“, so Hofreiter.

In der Strategie hatte die Bundesregierung als mittelfristiges Ziel 20 Prozent Ökolandbau in Deutschland ausgeben und 25 Maßnahmen zur Zielerfüllung definiert. Eine davon ist die Aufstockung des Bio-Anteils in den hauseigenen Kantinen – die öffentliche Hand müsse als Vorreiter vorangehen, so die Begründung. Wie das Ministerium den Grünen aber jetzt mitteilt, liegt der Anteil in der Kantine einer nachgeordneten Behörde bei nur fünf Prozent. Bundesministerin Julia Klöckner (CDU) hatte die Öko-Strategie vor ziemlich genau zwei Jahren auf der Messe Bio-Fach in Nürnberg präsentiert.

Die Lust der Deutschen auf Bio-Lebensmittel wächst. Inzwischen haben sogar Discounter Öko-Produkte für sich entdeckt. Aber ist es gut, wenn Öko zum billigen Massenprodukt wird? In der Branche ist man zwiespalten.

NÜRNBERG Als der Discounter Lidl im Herbst sein Bio-Sortiment auf Bioland-Qualität umstellte, war die Überraschung groß: Der erste Billiganbieter verkauft seither Lebensmittel mit dem strengen Siegel des Anbauverbands, das sogar über die EU-Kriterien für den ökologischen Landbau hinausgeht. Aber vertritt sich die Niedrigpreis-Strategie der Discounter mit den Bio-Idealen von einer nachhaltigen, umweltschonenden Produktion?

Fakt ist: Die Deutschen kaufen immer mehr Bio-Produkte, die Branche floriert. Der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) meldet vor Beginn der Biofach-Messe in Nürnberg für das vergangene Jahr einen Branchenumsatz von insgesamt 3,46 Milliarden Euro – ein Plus im Vergleich zum Vorjahr von 5,2 Prozent. Ähnlich gewachsen sein dürfte das Geschäft von Deutschlands Ökolandbau-Betrieben. Sie erwirtschafteten nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) im Jahr 2017 erstmals mehr als zehn Milliarden Euro. „Immer mehr Kunden entscheiden sich an der Ladenskasse für immer mehr Bio“, bilanziert der Verband.

BNN-Verbandschefin Elke Röder sieht die Entwicklung kritisch. Zwar würden die Verbraucher für das Thema Nachhaltigkeit und umweltverträgliche Produktion sensibilisiert, andererseits werde aber auch das falsche Signal gesendet, dass Bio billig sei und Lebensmittel einen beliebigen senkbaren Preis hätten.

Von der Nische zur Masse

Ist Bio bei Discountern Fluch oder Segen? / Bioland-Chef für Reform der Subventionen



Immer mehr Deutsche greifen zu Bio-Lebensmitteln.

Foto: dpa/Oliver Berg

KOMMENTAR

Bio ist besser, aber...

In unserer Gesellschaft sind Lebensmittel immer und überall in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen erhältlich. Das ist eine Errungenschaft der Landwirtschaft. Durch die Intensivierung der Produktion ist der Überfluss möglich geworden. Wir müssen uns hierzulande um vieles Sorgen machen, aber nicht darum, wie wir satt werden. Das sollte nicht vergessen werden, wenn über eine Neuausrichtung der Landwirtschaft gestritten wird. Fakt ist aber auch: Die intensive Produktion stößt an Grenzen. Ökologisch und gesellschaftlich, aber zunehmend auch wirtschaftlich. Die



Von Dirk Fisser

Bio-Produktion kann diese Konflikte teilweise befrieden, gerade weil sie vorteilhaft ist für die Umwelt.

Bio ist aber nicht das Allheilmittel, als das es oft dargestellt wird. Etwa im Bereich der Tierhaltung. Der Kuh geht es nicht zwangsläufig besser, weil ihre Milch mit Bio-Label verkauft wird – auch wenn das viele Verbraucher glauben wollen. Und aus Bauernsicht bleibt hohes unternehmerisches Risiko: Liegt der Biomilchpreis auch dann noch deutlich über dem für konventionelle Ware, wenn das Angebot ausgeweitet wird? Wohl kaum. Der Vorteil wäre dahin, die Kosten aber blieben.

Und doch bleibt es sinnvoll, nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Die muss im Übrigen nicht zwangsläufig ein Bio-Siegel tragen. Auch die Bestrebungen konventioneller Betriebe für mehr Nachhaltigkeit müssen honoriert werden. Die Subventions-Milliarden aus Brüssel wären hier gut investiert.

Beide Präsidenten sprachen sich indes gegen den Vorschlag der EU-Kommission aus, die Agrarzahungen ab einer gewissen Summe zu deckeln. Bislang bekommen große Betriebe viel Geld, da sich die Subventionshöhe nach der bearbeiteten Fläche richtet. „Das wäre Symbolpolitik, denn es geht nicht um die reine Größe der Betriebe“, sagte Plagge. Nachhaltigkeit als zentrales Förderkriterium müsste im Mittelpunkt stehen. Paetow ergänzte: „Nachhaltigkeit hängt nicht von der Größe des Bauernhofs ab.“

d.fisser@noz.de

Es könnte ein gegenteiliger Effekt entstehen: Auf der einen Seite kämen laut Röder mehr Biolebensmittel in den klassischen Handel. Auf der anderen Seite werde der Preiswettbewerb verstärkt, und die Bauern würden noch stärker unter Druck gesetzt, sodass sie nicht auf Pestizide und Nitratdünger verzichten könnten.

Bioland-Chef Jan Plagge sprach sich unterdessen gegenüber unserer Redaktion dafür aus, dass die Agrarsubventionen aus Brüssel an gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft etwa für den Umwelt- oder Tierschutz ausgerichtet werden sollten, nicht aber an der Fläche. „Da geht es auch um die Akzeptanz der Landwirtschaft. Die Direktzahlungen nach dem Gießkannenprinzip müssen konsequent abgebaut werden“, so Plagge.

Hubertus Paetow, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), sagte unserer Redaktion, bis 2034 sei das Vorhaben realistisch umsetzbar. Die Betriebe bräuchten die Zeit, um sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Ziel müsse eine nachhaltigere, gesellschaftlich akzeptierte, aber auch international wettbewerbsfähige Landwirtschaft sein.

Beide Präsidenten sprachen sich indes gegen den Vorschlag der EU-Kommission aus, die Agrarzahungen ab einer gewissen Summe zu deckeln. Bislang bekommen große Betriebe viel Geld, da sich die Subventionshöhe nach der bearbeiteten Fläche richtet. „Das wäre Symbolpolitik, denn es geht nicht um die reine Größe der Betriebe“, sagte Plagge. Nachhaltigkeit als zentrales Förderkriterium müsste im Mittelpunkt stehen. Paetow ergänzte: „Nachhaltigkeit hängt nicht von der Größe des Bauernhofs ab.“

Öko und Bio: Mehr Beiträge dazu auf noz.de/wirtschaft

Betreiber muss Mehrkosten für Autobahn selbst tragen

MÜNCHEN Im Streit um den Ausbau der Autobahn 8 zwischen Augsburg und Ulm hat der Bund auch in zweiter Instanz recht bekommen. Er muss dem privaten Autobahnbetreiber, der mit dem Ausbau und dem Betrieb des Teilstücks beauftragt worden war, keine Mehrkosten in Höhe von mehr als 34 Millionen Euro erstatten. Das entschied das Oberlandesgericht München (OLG) gestern (Az. 9 U 728/18 Bau).

Es geht um einen Betrag von 34,4 Millionen Euro, den

das Unternehmen vom Bund einklagen wollte. In erster Instanz hatte das Landgericht München I die Klage bereits abgewiesen. Nun folgte das Oberlandesgericht dieser Entscheidung im Berufungsverfahren.

Der Bund hatte das Unternehmen im Jahr 2011 mit dem Bau des rund 58 Kilometer langen Streckenabschnitts beauftragt. Das extra dafür gegründete Unternehmen baute in den folgenden vier Jahren einen 41 Kilometer langen Abschnitt sechs-

spurig aus. Die übrigen 17 Kilometer hatte es bereits zuvor fertiggestellt. Mit 75 Millionen Euro hatte der Staat das Projekt angeschoben. Die Vergütung sollte sich nach der Zahl der die Strecke nutzenden Lastwagen richten. Das Unternehmen betreibt die Strecke nach wie vor.

Die Bauarbeiten kosteten den Betreiber am Ende 354 Millionen Euro. Die Kosten waren aus dem Ruder gelaufen. Wegen heftiger Regenfälle verzögerte sich der Bau.

BERLIN Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier geht von mindestens zwei neuen Terminals in Deutschland nach dem Import von Flüssig-Erdgas (LNG) etwa aus den USA aus. „Ich sehe an mindestens zwei Standorten die Chance, dass wir rasch etwas verwirklichen können“, sagte Altmaier gestern am Rande einer LNG-Konferenz mit US-Vertretern in Berlin.

Bisher war vom Bau eines Terminals die Rede gewesen. Der CDU-Politiker nannte als mögliche Standorte für LNG-

Terminals Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade. Dort haben sich private Konsortien gebildet. Altmaier sagte, er rechne mit einer Entscheidung in den nächsten Wochen. Die Bundesregierung will den Bau mit staatlichen Fördergeldern unterstützen. Altmaier sprach von einer „substanziellen“, aber zugleich überschaubaren Summe. Eine konkrete Zahl wollte er nicht nennen.

In Deutschland gibt es bisher noch kein Import-Terminal für LNG. Vor allem die USA

wollen mehr Flüssig-Erdgas in Europa verkaufen. Dieses gilt aber bisher noch als zu teuer und nicht wettbewerbsfähig. Der stellvertretende US-Energieminister Dan Brouillette warb für einen stärkeren Import von LNG-Gas aus den USA. Die Preise dafür würden etwa wegen höherer Produktionskapazitäten in den USA in den kommenden Jahren deutlich fallen. In Deutschland wird auch aus Sicht Altmaiers in einer Übergangszeit künftig mehr Gas zur Energieversorgung benötigt.

KOMPAKT

Hunderte beteiligen sich an Warnstreik

BREMEN Im Tarifkonflikt der nordwestdeutschen Stahlindustrie haben gestern Hunderte Menschen in Bremen ihre Arbeit niedergelegt. Die Beschäftigten unter anderem von ArcelorMittal Bremen und In-gaver trafen sich gestern zu einer Kundgebung, wie Bernd Rosenbaum von der Gewerkschaft IG Metall sagte. Ihm zufolge beteiligten sich rund 1000 Menschen an dem dreistündigen Warnstreik. Die Polizei schätzte, dass rund 600 Frauen und Männer zur Kundgebung kamen. dpa

Geldanlagerroboter breiten sich aus

FRANKFURT Automatisierte Geldanlage im Internet breitet sich laut einer Studie zunehmend auch in Deutschland aus. Anlage-roboter, die Vermögen meist breit über Indexfonds investieren, verwalteten 2018 rund 3,8 Milliarden Euro Kundengelder, zeigt eine Analyse der Deutschen Bank. Damit habe sich das Volumen seit dem Jahr 2016 mehr als verzehnfacht, heißt es in dem gestern veröffentlichten Papier. Zuletzt hatten Marktbeobachter die verwalteten Kundengelder hierzulande auf mehr als zwei Milliarden Euro geschätzt. dpa

Kläger gegen Kik wollen Berufung

FRANKFURT Die Kläger im Prozess gegen den Textilhändler Kik wollen nach Informationen der „Frankfurter Rundschau“ in Berufung gehen. Wie die Zeitung unter Berufung auf den Anwalt Remo Klinger berichtete, wollen die Kläger für ein Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Hamm Prozesskostenhilfe beantragen. Der Anwalt vertritt einen Überlebenden und drei Hinterbliebene von Opfern der Brandkatastrophe 2012 im pakistanischen Karachi. Das Landgericht Dortmund hatte Schmerzensgeldklagen wegen Verjährung abgelehnt. AFP

Mehr Beschwerden von Bankkunden

FRANKFURT/BONN Steigende Gebühren, gekündigte Sparverträge, abgelehnte Kreditanfragen – die Zahl offizieller Beschwerden von Verbrauchern über ihre Bank oder Versicherung haben 2018 deutlich zugenommen. 5539 Fälle zu Kreditinstituten und Finanzdienstleistern gingen im vergangenen Jahr bei der Finanzaufsicht Bafin ein, wie die Behörde mitteilte. Ein Jahr zuvor hatten sich Bankkunden mit 5425 Beschwerden an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) gewandt. dpa

Notbremsassistent ab 2020 Pflicht

GENF Ab 2020 sollen in der EU und in einem Dutzend anderer Länder nur noch Neuwagen mit einem Notbremsassistenten zur Vermeidung von Unfällen im Stadtverkehr auf den Markt kommen. Die Mitglieder des „Weltforums für die Harmonisierung fahrzeugtechnischer Vorschriften“ hätten sich auf eine entsprechende Vorschrift geeinigt, teilte die UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), in der das Forum angesiedelt ist, gestern in Genf mit. Über die Vorschriften müsse im Juni noch abgestimmt werden. dpa

„Bei uns finden Sie keine vorgefertigten Backmischungen“

Steinofenbäcker aus Ibbenbüren setzt auf Handwerkskunst und Bio-Rohstoffe / Umsatz legt binnen einiger Jahre um 50 Prozent zu

BILD
DBild/1-13720404
Von Christoph Lützenkirchen

IBBENBÜREN In sieben Jahren 50 Prozent mehr Umsatz – Friedrich Dieter muss etwas richtig gemacht haben. Der 54-jährige Betriebswirt übernahm 2011 die Biobäckerei Steinofenbäcker in Ibbenbüren. Zu diesem Zeitpunkt erwirtschaftete das Unternehmen mit 120 Mitarbeitern jährlich fünf Millionen Euro. Ende 2018 bietet sich ein anderes Bild: 90 Mitarbeiter erwirtschafteten Umsatzlöhne in Höhe von 7,5 Millionen Euro. Den Rückgang bei der Zahl der Mitarbeiter führt Dieter auf den Rückzug aus dem direkten Endverbrauchergeschäft zurück. Zum Unternehmen gehörten 2011 noch zwölf Filialen unter eigener Marke.

„Heute arbeiten wir schwerpunktmäßig im Bereich Business to Business“, erklärt Dieter: „Das bedeutet, dass unser Handelspartner, der Bio-Großhändler Weiling, unsere Produkte an den Bio-Fachhandel in ganz Deutschland liefert. Aus der Geschichte heraus beliefern wir zudem in NRW und Niedersachsen rund 30 Bio-Fachhändler sowie die Märkte der SuperBiomarkt AG mit unserem eigenen Fuhrpark.“

Einen letzten Laden führt der Steinofenbäcker noch in Eigenregie. Er liegt in direkter Nachbarschaft zur Bäckerei in Ibbenbüren. „Wir bedienen dort einerseits den lokalen Bedarf“, so Dieter: „Ich sehe das Geschäft aber auch als Referenz gegenüber den Ladeneinhaltern an, die wir über Wei-



Ein großes Sortiment bietet der Steinofenbäcker. Das Bild zeigt Friedrich Dieter und Mitarbeiterin Heike Beinering. Foto: Lützenkirchen

ling beliefern.“ Am heutigen Standort firmiert die Bäckerei seit 1994. Neben dem Firmensitz betreibt Friedrich Dieter seit 2011 eine Bäckerei in Essingen bei Aalen.

In der Backstube des Steinofenbäckers gehe es heute noch genauso zu wie schon immer im Bäckerhandwerk, sagt der Firmenchef. Das aber nur mit hochwertigen Bio-Rohstoffen. Dieter weiter:

„Unser Anspruch ist es, hochwertige Rohstoffe angemessen zu behandeln. Dazu gehört beispielsweise, dass man dem Prozess Zeit gibt. Bei uns werden Sie keine vorgefertigten Backmischungen finden, sondern individuelle Zutaten. Unsere Teigmacher müssen deshalb eine Menge von ihrem Handwerk verstehen.“

Das Sortiment des Bäckers ist umfangreich. Es umfasst

täglich allein 50 Brotsorten, 25 Sorten Brötchen, 20 Arten Dauergebäck auf Dinkelbasis, 15 pikante Speisen wie Quiche, außerdem Pralinen. „Unser gesamtes Getreide beziehen wir über unseren langjährigen Partner, die Biomühle Eiling in Warstein.“ Thorsten Eiling, Mitglied der Geschäftsführung der Biomühle, bestätigt die gute Zusammenarbeit. „Wir schätzen den Steinofenbäcker und Friedrich Dieter als faire Partner“, sagt er. Dieter lege Wert darauf, die regionalen Strukturen und Partnerschaften zu fördern. Er prüfe die regionale Herkunft des Getreides sehr gewissenhaft. 50 Prozent mehr Umsatz, stabile Absatz- und Lieferbeziehungen, ein leistungsfähiges Team, der Chef des Stein-



SERIE
Das regionale Firmenporträt